



Hauptstadt-Bulletin

„Werkstattgespräch“ der CDU – die wichtigsten Ergebnisse

Die Reformen in der Union schreiten weiter voran. Wir haben mit den Themen Migration, Sicherheit und Integration erstmals das neue Format „Werkstattgespräch“ erprobt. Ungefilterte Diskussionen zwischen Praktikern, Experten und Unionspolitikern in Kreativ-Workshops erbrachten nicht nur gute Ergebnisse, die Jungfernfahrt dieser Methode war nach Ansicht aller Beteiligten ein voller Erfolg, selbst die Medien zeigten sich beeindruckt. Einige Kernaspekte der ausgearbeiteten Empfehlungen: Die Attraktivität Deutschlands für nicht schutzbedürftige Personen soll weiter verringert, deren Asylverfahren nochmals beschleunigt und verkürzt werden. Zur Sicherung der deutschen Grenzen fordert die Union eine intelligente lageangepasste Grenzüberwachung bis hin zu Zurückweisungen. Asylbewerber, die sich gewalttätig verhalten, über vorhandene Finanzmittel täuschen oder im Asylverfahren nicht mitwirken, sollen spürbare Sanktionen erfahren. Die Ausreisepflicht von abgelehnten Asylbewerbern und Mitwirkungsverweigerern soll besser durchgesetzt werden. Gleichzeitig sollen die Integrationsangebote für diejenigen gestärkt werden, die mit Bleibeperspektive in die Kommunen verteilt werden. Der Fokus liegt dabei auf Sprache und Wertevermittlung für Asylbewerber von Anfang an.

Die Ergebnisse des Werkstattgespräches können Sie [HIER](#) nachlesen und das Video zur Präsentation von Armin Schuster und Minister Peter Beuth finden Sie hier: <https://bit.ly/2tofhQw>



Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258033
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn der Woche hat die Union in einem „Werkstattgespräch“ ihren Kurs in der Migrations-, Asyl- und Sicherheitspolitik neu justiert. Gleichzeitig hat die SPD-Führung eine Rolle rückwärts gemacht und die Abschaffung von Hartz IV und eine bedarfsunabhängige Respektrente gefordert. Beide Parteien scheinen sich voneinander abzuwenden – aber man muss sich davon nicht gleich erschrecken lassen. Könnte es nicht auch ein gutes Zeichen sein, wenn wir von der Union uns wie in guten alten Zeiten über deren absurde Vorschläge aufregen und die SPD über unsere genauso? Unterschied macht sichtbar – das fordern wir doch schon länger. Wenn es uns jetzt gelingt, parteipolitische Maximalforderungen in der Regierungskoalition in einem guten Gesamtkonzept zusammenzubinden, könnten beide Parteien gewinnen. Und genau diese Entwicklung der zwei klassischen Volksparteien halten doch viele schon länger für wünschenswert, gerade in der aufgeladenen, polarisierten Stimmung im Land. Dafür müsste es uns gelingen, auf der Unionsseite eine Unternehmenssteuerreform und die vollständige Abschaffung des Soli genauso durchzusetzen, wie die SPD ihre Grundrente, vielleicht mit einer Bedürftigkeitsprüfung „light“ – auch die SPD-Wählerschaft wird Ungerechtigkeiten nicht akzeptieren. Es stehen nun zwei Wege offen: Entweder platzt die Koalition über unverhandelbare Maximalforderungen oder wir gewinnen über ein sinnvolles Ganzes.

Ihr



Lärm-Vollschutz für Rheintalbahnhof abgesichert

Beim Austausch zwischen südbadischen Abgeordneten, Vertretern der Deutschen Bahn und dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Steffen Bilger, wurde endlich klargestellt, dass der Lärmschutz für die Menschen entlang der Rheintalbahnstrecke umgesetzt wird. Der Streit um Zugzahlen ist für beendet erklärt worden. Die Deutsche Bahn und das Bundesministerium für Verkehr hatten ein erneutes Gutachten in Auftrag gegeben, das zur Konsequenz hat, dass keine rechtlichen Unsicherheiten mehr bestehen. Nun können die Planungsarbeiten der Bahn endlich fortgesetzt werden. Der übergesetzliche Lärmschutz, der der Region am Oberrhein mit dem Bundestagsbeschluss von 2016 zugesagt worden war, kann nun vollumfänglich gewährleistet werden.



BND-Zentrale in Berlin eröffnet

Kurz vor der offiziellen Einweihung der neuen Zentrale des Bundesnachrichtendienstes in Berlin haben sich die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, dessen Vorsitzender Armin Schuster ist, einen Eindruck vor Ort gemacht. Die neue BND-Zentrale befindet sich nur drei Kilometer vom Reichstagsgebäude entfernt. Die Abteilung „Technische Aufklärung“ bleibt am ursprünglichen Standort in Pullach bei München. „Es ist richtig, dass der BND in der Hauptstadt den Hauptsitz hat. Direkter Draht ist immer besser“, so Schuster.

Teil II der Serie „Europa Perspektive“

EU-Freihandelsabkommen – CETA funktioniert!

Die Europäische Union mit ihren Institutionen steht unter Druck wie schon lange nicht mehr. Wieder und wieder wird negativ über das Projekt Europa geurteilt. Es gibt aber auch Positives zu berichten. Das im September 2017 ratifizierte Handelsabkommen mit Kanada, auch CETA genannt, ist ein solches Beispiel. Bei der Verabschiedung des europäisch-kanadischen Handelsabkommens waren die Warnrufe von Globalisierungs- und Handelsgegnern unüberhörbar: Europäische Sozial- und Umweltstandards würden ausverkauft, die öffentliche Daseinsvorsorge zwangsprivatisiert und Deutschland von einer Klagewelle internationaler Investoren überflutet. CETA sei ein „Konzern-Ermächtigungsgesetz“ und überhaupt der Sargnagel der Demokratie. Doch die Wirklichkeit ist anders. Im europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen für den Schutz von Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsschutz vereinbart worden. Der Erfolg lässt sich inzwischen auch mit Zahlen belegen. Zwischen Juni 2017 und Juni 2018 ist das deutsche Exportvolumen nach Kanada um 9,4 Prozent gewachsen. Andere europäische Staaten verzeichneten einen ähnlichen Anstieg. Unabhängig von Land, Region und Unternehmensgröße ist CETA der erwartete Wachstums-, Beschäftigungs- und Wohlstandsmotor. Die Europäische Union hat gezeigt, dass sie fähig ist, auch gegen Kritik wichtige, zukunftsweisende Verträge zum Wohle ihrer Bürger zu schließen.

TERMINHINWEISE

25. Februar 2019

Antrittsbesuch bei Bürgermeister Dirk Harscher in Schopfheim
09:00 Uhr | Rathaus Schopfheim

27. Februar 2019

Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion
14:30 Uhr | Bürgersaal, Rathaus Schönau

4. März 2019

Verleihung des Drochehüüler-Orden
11:11 Uhr | Lasser Brauhaus, Lörrach